**Stadt Haldensleben
Die Bürgermeisterin
Bauamt**

**B e s c h l u s s v o r l a g e
für den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates am 01.03.2018**

Beschluss-Nr.: 337-(VI.)/2018

Gegenstand der Vorlage:

1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haldensleben zur Umlage der Verbandsbeiträge des Unterhaltungsverbandes "Untere Ohre" für die Unterhaltung öffentlicher Gewässer I. und II. Ordnung für das Haushaltsjahr 2017 (Umlagesatzung 2017)

Gesetzliche Grundlagen:

§ 56 Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt (WG LSA)

Begründung:

Das Verwaltungsgericht Halle hat mit Beschluss vom 09.06.2017 geurteilt, dass die Umlagesatzung keine Stichtagsregelung enthalten darf.

Rechtsgrundlage für die Erhebung einer Umlage durch die Gemeinde zur Finanzierung des Beitrages für einen Unterhaltungsverband ist § 56 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (WG LSA). Gemäß § 56 Abs. 1 Satz1 WG LSA kann die Gemeinde, die nicht einer Verbandsgemeinde angehört, oder eine Verbandsgemeinde als Mitglied eines Unterhaltungsverbandes, die Verbandsbeiträge für Grundstücke, die nicht im Eigentum der Gemeinde oder der Verbandsgemeinde stehen (Gewässer II. Ordnung), einschließlich der Kosten, die der Unterhaltungsverband an das Land abzuführen hat (Gewässer I. Ordnung), sowie die bei der Umlegung der Verbandsbeiträge entstehenden Verwaltungskosten vorrangig auf die Eigentümer, Erbbauberechtigten oder ersatzweise auf die Nutzer der im Gemeindegebiet oder im Verbandsgemeindegebiet gelegenen, zum Verbandsgebiet gehörenden Grundstücke umlegen.

Die Umlagen werden dabei wie Gebühren nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG LSA) erhoben. Die Norm zielt darauf ab, der Gemeinde zu ermöglichen, den ihr jährlich entstehenden Aufwand unter anderem an die Grundstückseigentümer weiterzureichen, denn den Grundstückseigentümern wird ihre Gewässerunterhaltungspflicht abgenommen (BVerwG, Urteil vom 11.07.2007 – BVerwG 9 C 1.07). Da es sich um einen jährlichen Vorteil handelt, kann der Schuldner der Umlageforderung nur derjenige sein, der in dem betreffenden Jahr auch Eigentümer/Erbbauberechtigter/Nutzer des Grundstücks war. Geht ein solches Recht im Laufe des Kalenderjahres auf eine andere Person über, muss die Schuld anteilig berechnet werden.

Der in der Umlagesatzung 2017 im § 5 benannte Erhebungszeitraum benennt das gesamte Kalenderjahr mit Beginn des Kalenderjahres. Dass daraus gleichzeitig davon auszugehen ist, dass die Person, die zu diesem Stichtag Eigentümer, Erbbauberechtigter oder Nutznießer ist, für das gesamte Kalenderjahr für die Umlageschuld aufzukommen hat, ist nicht eindeutig der Satzung zu entnehmen. Anderes aber auch nicht. Eine eindeutige Stichtagsregelung durch Angabe eines Datums enthält die Satzung bisher nicht.

Zur eindeutigen Klarstellung des Umlageschuldners in Bezug auf den Erhebungszeitraum wird der § 5 Abs. 1 der Umlagesatzung ergänzt. Demnach ist Erhebungszeitraum nach wie vor das gesamte Kalenderjahr, doch da die Beiträge für das laufende Jahr umgelegt werden, kann zu dem genannten Zeitpunkt - Beginn des Kalenderjahres – eine Eigentümerstellung für das gesamte Jahr nicht festgestellt werden. Es geht um die Refinanzierung eines Vorteils u.a. des Grundstückseigentümers, der im Laufe des Jahres erst entsteht. Dieses Abstellen auf den tatsächlich Bevorteilten entspricht der Regelung des § 5 Abs. 5 Satz 1 KAG LSA, der als Gebührenschnldner den Benutzer benennt. Hingegen stellt § 6 Abs. 8 Satz 1 KAG LSA für die Beitragsschnldnereigenschaft auf die

Eigentümerstellung zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides ab. Durch den Verweis des § 56 Abs. 2 WG LSA auf die Gebührenvorschrift des § 5 KAG LSA und nicht auf die Beitragsregelung des § 6 KAG LSA ergibt sich die Konsequenz, dass eine Vorauszahlung der Umlage für das gesamte folgende Beitragsjahr von einem Eigentümer zu einem bestimmten Zeitpunkt (Stichtag) generell nicht möglich ist. Eine konkrete Stichtagsregelung ist nicht möglich. Es verbleibt allein die Möglichkeit, für die im Beitragsjahr bereits abgelaufenen Zeiträume Umlagebeiträge von den dann bereits bekannten Eigentümern, Erbbauberechtigten oder Nutznießern zu verlangen.

Finanzielle Auswirkungen:

Aufwendg./Auszahlg.: EUR

HH-Jahr , KTR: , KST: ,I.-Nr.: , SK/FK /

Die Mittel stehen planmäßig zur Verfügung: ja nein

Deckungsquelle:

(Mehr-)Erträge/Einzahlg.: 100.000,00 EUR

HH-Jahr 2018 , KTR: 5520101 , KST:60100100, I.-Nr.: , SK/FK 432106/

Beschlussempfehlungen und -fassungen:

Ausschuss	am:	Abstimmungsergebnis
Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Forsten und Abwasserangelegenheiten	17.01.2018	
Hauptausschuss	25.01.2018	
Ortschaftsrat Hundisburg	31.01.2018	
Ortschaftsrat Satuelle	07.02.2018	
Ortschaftsrat Uthmöden	08.02.2018	
Ortschaftsrat Süplingen	19.02.2018	
Ortschaftsrat Wedringen	26.02.2018	
Stadtrat	01.03.2018	

Anlagen:

1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haldensleben zur Umlage der Verbandsbeiträge des Unterhaltungsverbandes „Untere Ohre“ für die Unterhaltung öffentlicher Gewässer I. und II. Ordnung für das Haushaltsjahr 2017 (Umlagesatzung 2017)

Beschlussfassung:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt die in der Anlage 1 beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haldensleben zur Umlage der Verbandsbeiträge des Unterhaltungsverbandes „Untere Ohre“ für die Unterhaltung öffentlicher Gewässer I. und II. Ordnung für das Haushaltsjahr 2017 (Umlagesatzung 2017).

i.V.

Aust

2. stellv. Bürgermeisterin